

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Band: 23 (1943-1944)
Heft: 1

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 24.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dürfen wir auch hinter Meyer den zarten Schatten des Herrn vom Beckenhof wahrnehmen.

So steht David Heß nicht nur im Raum des Atemholens und der Ermüdung zwischen zwei klassischen Epochen des zürcherischen Geistes. Er hat sein geschichtliches Los nicht nur mit vornehmer Heiterkeit getragen, er hat auch Kräfte, die uns wesentlich und teuer sind, weitergeleitet.

Politische Rundschau

Zur Lage.

Der Landesring hat bei den Zürcher Wahlen eine weitere Machtprobe abgehalten, wie sie schon vor einem Jahr anlässlich der Gemeindevahlen in der Stadt Zürich, unlängst in Basel, und bei den Gemeindevahlen in der Waadt, geschah. Sie mußte diesmal von besonderer Bedeutung werden, weil im Herbst die Wahlen zum Nationalrat stattfinden. Mögen zwar die Voraussetzungen bei Gemeinde-, Kantonal- und eidgenössischen Wahlen, nach der Struktur der Verhältnisse, stets verschieden sein — es sind Vergleiche unter ihren Ergebnissen nicht nur zulässig, sondern geboten, wenn es sich um eine Bewegung handelt, die ursprünglich aus einem bestimmten Kanton herausgewachsen, auf dem Wahlboden des ganzen eidgenössischen Landes zum Zuge zu kommen sucht. Allein nun läßt sich eben das Grundmerkmal dieser Bewegung auch dann nicht verleugnen, wenn man, nach großem propagandistischem Aufwand, die Ergebnisse berücksichtigt: Unbeständigkeit, Unklarheit oder Unsicherheit, ist das Kennzeichen dieser Partei nach ihren parteimäßigen Äußerungen — Unbeständigkeit oder Unsicherheit sind das Merkmal der Ergebnisse ihres Aufwandes. So lassen sich große Erfolge feststellen bei verschiedenen Parlamentswahlen, so in Basel, so in Zürich — Mißerfolge aber bei Wahlen in Exekutivbehörden, wo im letzten Falle eigenes Ungeschick, eigene Unsicherheit der Partei einem gar wohlverdienten Mann den kaum eingenommenen Sitz gekostet haben. Es ist gewiß recht schön und in manchem Falle auch verdienstlich, gegen verknöcherte Parteiroutine der anderen mit mächtigen Worten loszuziehen, mit der Kraft einer ganzen Bewegung anzugehen; allein nun hat es sich eben erwiesen, daß es damit nicht getan ist, und daß es vollends sehr verderblich sein kann, aus politischem Dilettantismus eine Tugend machen zu wollen. So beanspruchte man, wirklich aus vollen Zügen, gleich zwei Sitze für den Zürcher Regierungsrat, und dann erst ging man auf die Suche nach Kandidaten, um heute das Ungeschick öffentlich einzugestehen; da aber ein Unglück nur selten allein zu kommen pflegt, verfiel man bei der Kandidatenwahl vollends noch auf Herrn Otto Pfändler, den Unglücksraben, dessen ungeschicktes Beginnen bei der unglücklichen Initiative auf Reform des Nationalrates vor einem Jahre Herr Duttweiler anscheinend doch allzusehnell vergessen hatte. Nun das Bad mit seinem Insassen ausgeschüttet ist, klagt man vor aller Öffentlichkeit sein Weh, statt still mit sich selbst den Fehler auszumachen: die unausweichliche Folge ist, daß beispielsweise das „Volksrecht“ sich in der Lage sieht, mit offener Schadenfreude Herrn Duttweilers Trauersymphonie unter dem

Stichwort: „Da bleibt kein Auge trocken!“ zu kommentieren. Und tatsächlich: soweit gar geht die Zerknirschung über den Fehltritt, der Herrn Schnyder sein Amt gekostet hat — nicht ohne gleichzeitig Herrn Pfändler politisch weitgehend unmöglich zu machen —, daß nun das für den Landesring wirklich Positive dieser Wahl — die Parlamentsergebnisse — in der „Tat“ kaum schamhaft erwähnt, fast verschwiegen wird, statt daß man dies nun wenigstens ordentlich betont — wozu gewiß aller Anlaß bestände —, um das andere möglichst wenig beachten zu lassen. Nein: „Dieses Bedauern im Landesring!“ — lautet der Titel von Herrn Duttweilers Ausführungen. Wo das Ungeschied einmal angefaßt hat, läßt es sich eben nicht so leicht vertreiben!

Der Landesring eroberte 14 neue Mandate, sodaß sein Bestand im Kantonsrat heute 29 Mandate beträgt, von 180 im Gesamten; der Zuwachs gegenüber den letzten Kantonsratswahlen beträgt 9 aus der Stadt und 5 aus der Landschaft, die Gesamtzahl der Mandate für die Stadt nun 22, für das Land 7 (bei annähernd gleicher Gesamtmandatszahl von Stadt und Land) — ein Beweis, daß die Stärke der Partei sich nach wie vor zu einem großen Teil auf die Wählerschaft der Stadt gründet mit ihrer besondern soziologischen Zusammensetzung, mit ihren zahlreichen fluktuierenden Elementen. Deutlich genug auch sprechen die Parteistimmenzahlen: Landesringstimmen im Gesamtkanton 25 164, davon 17 956 in der Stadt allein. Was nun aber gerade die Stadt betrifft, so wäre freilich festzustellen, daß die Partei gegenüber den Gemeindevahlen der Stadt Zürich vor einem Jahre knapp 3000 Stimmen verloren hat; sie befinden sich also, trotz gegenüber früher wesentlich verstärkter Propaganda, nicht unbedingt mehr im Aufschwung, wie da und dort behauptet worden ist. Zu dieser Beurteilung führt, für die Stadt, wesentlich auch ein Vergleich mit den Stimmzahlen anderer Parteien, vor allem aber der Freisinnigen, die von der Propaganda des Landesrings in ganz besonderem Maße bekämpft worden sind — soweit, daß der Eindruck aufkommen konnte, sie sollten recht eigentlich zugebedeckt werden; während der Landesring gegenüber 1942 von 20 741 auf 17 956 zurückging, erzielte die Freisinnige Partei 10 762 gegen 11 368 Stimmen im Jahre 1942, indes die Sozialdemokraten in der Stadt von 26 468 auf 24 539 zurückfielen. Würdigt man die Gesamtstimmzahl des Landesrings im Kanton, so ergibt sich, daß die Partei ungefähr einen Sechstel der Stimmen vertritt, was insofern nicht allzuviel ist, als Zürich doch gewissermaßen als ihr „Heimatkanton“ angesprochen werden muß. Dabei ist doch beispielsweise der Bewegung des Herrn Duttweiler bei den letzten Gemeindevahlen in der Waadt auf ersten Anhub ein Drittel aller Stimmen zugefallen. Was im besonderen das Ergebnis der Stadt Zürich anbelangt, so muß ferner auch das Element der äußersten Rechten und Linken berücksichtigt werden, von dem zweifellos dem Landesring verschiedene Stimmen zugeflossen sind. Andererseits aber hat die Partei mit ihrer stark intensivierte Propaganda das Gewerbe weitgehend auf den Plan gerufen, dessen städtische Vertretung seit den letzten Kantonsratswahlen um über ein Drittel zugenommen hat. Bemerkenswert war zudem, daß der Gewerbeverband in seiner öffentlichen Wahlempfehlung die beiden sozialistischen Regierungsräte Henggeler und Rägi ausdrücklich unterstützte; er hat damit seinerseits nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß Herr Schnyder auf der Strecke bleiben mußte. Im Parlament aber ist Herr Duttweiler, der selbst als Abgeordneter des Wahlkreises Horgen in das Rathaus einzieht,

ein scharfer und gefährlicher Gegner erstanden in Nationalrat Dr. P. Gysler, dem Präsidenten des Schweiz. Gewerbeverbandes, der in Zürich 6 gewählt worden ist. Man wird sich daher auf scharfe Debatten gefaßt zu machen haben. Schwierigkeiten werden ohnehin genug entstehen aus der Tatsache, daß der Landesring, die zweitstärkste Partei des Kantonsrates, in der Regierung nicht mehr vertreten ist, und allem Anschein nach in die Opposition zu gehen beabsichtigt; dies ist bemerkenswert deswegen, weil im Parlament die Gesamtopposition sich, mit 93 auf 180 Vertreter, nun in die Mehrheit versetzt sieht (29 Landesring, 3 Jungbauern, 3 Freiwirtschaftler, 58 Sozialdemokraten). Dagegen hat, wie zum Schlusse noch anzufügen sei, nach den Berechnungen des Statistikers der „Nationalzeitung“ bei diesen Wahlen das Gesamtbürgertum der Stadt Zürich mit Einschluß der Evangelischen, ohne Landesring, erstmals die Sozialdemokraten überflügelt, indem es 26 347 Listenstimmen aufbrachte, gegenüber 24 539 sozialdemokratischen.

Es ergibt sich nun zusammenfassend aus den Zürcher Wahlen die Folgerung, daß der Landesring — als einer aufstrebenden Partei mußte sein Ergebnis vor allen andern beachtet werden — zwar wesentliche Erfolge im Sektor des Proporz erzielte, im ganzen genommen aber, trotz der heftigen Brandung, doch nicht über das aus nüchternen Beurteilung erwartete Maß die Dämme einreißen konnte. Er hat vorerst zwar noch nicht seine Schranken gefunden, doch wird er jetzt schon selbst seine Grenzen erkennen müssen. Aus den 35 bis 40 Mandaten, die er sich ausrechnete, ist jedenfalls nichts geworden. Glücklicherweise? Nach den jüngsten Entwicklungen, denen diese „Bewegung“ sich verschreiben zu müssen glaubte, müßte man fast ja sagen. Die Unverbindlichkeit politischer Anschauungen in allen Ehren — uns will scheinen, als sei diese seltsame Partei im Begriffe, hier des Guten zu viel zu tun. Diese Unverbindlichkeit muß sich nach außen mit der Zeit fast zwangsläufig als Kurslosigkeit demonstrieren; nicht ungestraft versammelt man Männer verschiedener politischer Grundanschauungen unter derselben Fahne! Wir vermuten, der Landesring hat die unausweichlichen Folgen solchen Beginns am 11. April in Zürich bereits ein erstes Mal zu spüren bekommen. Zwar ist der Schweizer glücklicherweise kein politischer Doktrinär; aber er liebt seine Linie, und er ist gewohnt, diese Linie oder eine andere Linie in einer Partei nun einmal zu finden. Das ist bestimmt kein Fehler; an irgend etwas muß man sich schließlich halten können, auf die Dauer wenigstens. An dieser Tatsache hat man, so will uns scheinen, mancherorts im Landesring doch allzu unentwegt vorbeisehen wollen. Das „soziale Kapital“ ist eine schöne Sache, auch wenn es sich bis jetzt nur in einem engen Geschäftskreise demonstrieren konnte, und es reicht gewiß eine Zeit lang als Schlagwort unentwegter Propaganda. Allein auch damit hat es einmal ein Ende. Wenn dagegen in Fragen, wo mit schönen Worten wenig, mit Grundsätzen allein nur alles zu machen oder eben nicht zu machen ist, die Unklarheit in den Vordergrund geschoben wird, wie bei dem „Recht auf Arbeit“, sodaß der Beobachter am Ende einmal gezwungen wird, durch den Nebel durchzusehen und eben Staatssozialismus erkennt, wo man bisher immer das Gegenteil gepredigt hat, dann muß das anfänglich eine leichte, allmählich sich verstärkende Unruhe absetzen. So mag es wohl dem einen oder anderen Wähler am 11. April gegangen sein; und gerade das Übermaß der Propaganda mußte den einen oder anderen anregen, nun einmal gerade deshalb etwas genauer hinzusehen. Diese und andere Dinge mögen das

ihre beigetragen haben zu dem zwiespältigen Ergebnis, das wir nun erlebt haben; im Grunde ist dieses eben genau und gerade so zwiespältig geworden wie die Partei selbst es ist. Und nun wird man mit Interesse die weitere Entwicklung der Partei verfolgen; mit gesteigertem Interesse aber wird der neugierige Bürger bei ihr nun auf die Suche nach Grundfäßen gehen, die sich im Laufe der Entwicklung schließlich doch einmal herausstellen müssen. Wäre es indes tatsächlich nicht so — dann freilich ist die Entwicklung, mag sie auch der Partei in diesen wirren Zeiten noch diesen oder jenen Höhepunkt bringen, nicht schwer mehr abzusehen. Mit umso größerer Spannung wird man beachten, zu welchem Wege ihre Führung sich nun endlich entschließt.

Im Zusammenhang mit dem Zürcher Wahlkampf, im besonderen aber auch zufolge der Debatte, die sich um die Interpellation Schirmer im Nationalrat entspann, und hier ganz besonders im Anschluß an die Ausführungen von Bundesrat Stampfli ist in der Presse eine Polemik entstanden über das Recht und die Freiheit zur Kritik, speziell auch über ihr zulässiges Ausmaß auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft. Nun ist es unbestreitbar, daß diese Kritik von Seiten des Landesrings zu Zeiten nicht nur ungewöhnliche, sondern manchmal annähernd verheerende Formen angenommen hat. Allein wenn aus dem Votum des Herrn Stampfli und fast mehr noch aus gewissen Kommentaren die Geneigtheit entnommen werden mußte, gegebenenfalls die Kritik in diesem Sektor zwangsmäßig von oben zu unterbinden, so möchten wir doch hoffen, daß dieser Weg nicht beschritten werde. Gewiß hängt die Vermeidung dieses Weges zu einem weiten Grade ab von der Einsicht der Unabhängigen selbst und der Leute ihres Propagandaapparates; bei der Struktur unserer öffentlichen Meinung aber, und ganz besonders angesichts gewisser Stimmungen und Empfindlichkeiten, die unserem Volke sehr eng verwachsen sind, glauben wir indessen, daß mit Zwangsmassnahmen auf diesem Gebiete etwas Gutes sich keinesfalls erreichen ließe, viel eher aber das Gegenteil. Sollten also derartige Absichten bestanden haben, so möchte man wünschen, daß sie wieder zurückgelegt würden; dies könnte wohl umso eher geschehen, als die kritischen Übertreibungen seitens der neuen Bewegung bereits in verschiedenen Sektoren unserer öffentlichen Meinung, im Sinne einer natürlichen Reaktion, nicht nur auf Vorbehalte, sondern teilweise auf recht deutliche Ablehnung zu stoßen beginnen. Auf diesem Wege wird sich, so glauben wir, die notwendige Korrektur von selbst ergeben — der andere aber könnte, letzten Endes, Schaden, vielleicht schweren Schaden, stiften, und unter Umständen das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erreichen.

* * *

Die Entwicklung der Kriegslage stand in der Berichtsperiode im Zeichen weiterer Verschärfung. Die Offensive der „Vereinigten Nationen“ ist nun in vollem Gang, vorerst zumal auf dem Gebiete des Luftkrieges, wo ihre Überlegenheit zufolge der nun laufend eingesetzten amerikanischen Produktion immer mehr zur Auswirkung gelangt. Dies gilt nicht allein für die Bezirke der Luftoffensive gegen das Deutsche Reich, deren Entwicklung nun immer deutlicher das Stadium der schwersten Belastung, mit allen ihren Folgen, erreicht. Auch dort, wo Landkriegsschauplätze bestehen, so im Osten, vor allem aber in und um Nordafrika, zeichnet sich zunehmend das Absinken der Luftmacht der Achse ab gegenüber den gewaltigen Einsätzen der Alliierten. Folgt man

beispielsweise den von deutscher Seite laufend veröffentlichten Ziffern über getätigte Abschüsse im Osten, bei denen es sich häufig um englische und amerikanische Apparate handelt, so erhellt daraus in erster Linie der ganz gewaltige und eben nie abreißende Einsatz dieser Waffe auf alliierter Seite, dem der Gegner auf die Dauer kaum mehr genügend Nachschub, genügende Ergänzung entgegenzusetzen in der Lage ist. Wenn sich dieses Bild schon im Osten abzuzeichnen beginnt, so wird es plastisch in der Tatsache, daß die alliierten Luftangriffe auf Reichsgebiet gegenüber England kaum in wesentlichem Maße erwidert werden können; vor allem aber erhellt das Bild der Lage im nordafrikanischen Bereiche in eindeutiger Plastik. Dort ergibt sich zudem eine weitere, sehr ernste Belastung für die Achsenseite aus der Tatsache, daß sie im Begriffe steht, mehr und mehr ihre brauchbaren Flugplätze überhaupt zu verlieren, nachdem ihre beiden Verteidigungsarmeen zunehmend auf engeren Raum zusammengedrängt werden. Für das Problem der Ablösung aus der unhaltbar werdenden nordafrikanischen Position ist diese Lage naturgemäß von schwerwiegender Bedeutung; die Erwägung, wie die nordafrikanischen Truppen der Achse, ganz abgesehen vom Material, zurückgeführt werden möchten, stellt sich nun mit jedem Tage dringender. Angesichts der Verluste an Schiffsraum und der weitgehend gesperrten Passage nach Sizilien, dessen Häfen zudem einem nicht abreißenden Bombardement ausgesetzt sind, ist ein wesentlicher Abtransport zur See schon heute schwer zu bewerkstelligen, wenn nicht überhaupt schon unmöglich; allein auch die Rückführung durch Lufttransporte — im wesentlichen also auf dieselbe Art, wie der Hintransport seinerzeit geschah — wird angesichts des zunehmenden Mangels an Flugplätzen und der laufenden Verluste immer problematischer. Daß aber eine Ablösung aus dem tunesischen Brückenkopf unumgänglich wird, dürfte heute als feststehend angenommen werden; ziemlich eindeutige Stimmen aus Italien sind dafür Bestätigung. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich wohl allein schon aus der Tatsache, daß Eisenhower heute, abgesehen von seiner rasanten Luftüberlegenheit, über 700 bis 800 000 Mann an Truppen verfügt, mit ebenso ausgezeichnetem, wie wohl-dotiertem Material (die jüngste italienische Verlautbarung hat dies in besonderer Weise bestätigt), denen die Achse kaum wirksame Gegenkräfte zu bieten hat, zumal auch der Feldzug in Rußland in kurzer Frist wieder in ein aktiveres Stadium treten dürfte, ganz abgesehen von dem Bedarf im Hinblick auf die bevorstehende Invasion. Verschiedene Anzeichen, vor allem aber die gewaltige Truppenkonzentration in Nordafrika, führen übrigens heute schon manche Beobachter zum Schlusse, daß Eisenhower unter Umständen von seinen Positionen aus nach Italien nachzustoßen gedenkt, den sich lösenden Achsenkräften also gewissermaßen auf dem Fuße folgen will. Daß hiefür gewisse Anzeichen bestehen, ist freilich unbestreitbar; sie finden ihren Reflex bereits in manchen Bereichen — nicht zuletzt aber in Stimmen, die in jüngster Zeit verstärkt aus Italien herüberklingen.

Im Bereiche der Achse ist man derzeit mit den notwendigen Abklärungen oder Vereinigungen im Hinblick auf die Feldzüge des Sommers beschäftigt, wie dies alljährlich geschieht. Gedenkt man freilich der jüngsten Zusammenkunft der Führer Deutschlands und Italiens vom 7. bis 10. April dieses Jahres im Vergleich zu dem Treffen bei Salzburg vor einem Jahre, so wird der Unterschied in ganz besonderem Maße plastisch, und man dürfte sich allen Ernstes auch im Lager selbst der Achse fragen, wie die postulierte „end-

gültige Eliminierung aller dem europäisch-afrikanischen Raum drohenden Gefahren“ unter den Umständen von heute in die Tat umgesetzt werden soll.

Im Zuge der Vereinigungen und Abklärungen sind auch die Staatsmänner des Südostens von Hitler empfangen worden. Der unbekannt gebliebene Inhalt der Besprechungen läßt sich aber auch hier aus den Umständen unschwer ableiten, wobei übrigens die im einzelnen Falle verschiedene Fassung der publizierten Mitteilungen mit Interesse zu vermerken ist. Dabei erscheint die Stellung Bulgariens von besonderer Bedeutung. Leicht könnte das Land sich in den Brennpunkt kommender Ereignisse gestellt sehen. Seine Stellung ist eigenartig. Durch die Unterstützung der Achse vermochte es weite Gebiete ohne Schwertstreich zu besetzen; allein es mehren sich bereits die Stimmen aus der Türkei, die jene „friedlichen Eroberungen“, zumal wo sie die Aegäis berühren, nicht anerkennen wollen. Was die Stellung des Landes zu den Alliierten betrifft, so hat es zwar seinerzeit sowohl England als den U. S. A. den Krieg erklärt, dagegen mit Rußland die diplomatischen Beziehungen nicht abgebrochen und auch keine „Region“ nach dem Osten schicken lassen. Das hätten die innerpolitischen Verhältnisse anscheinend auch nicht erlaubt. Dagegen erscheint heute die eventuelle Mobilisierung des Landes im Hinblick auf eine allfällige Invasion der westlichen Alliierten gegen die Küste der Aegäis denkbar, weil das Reich alles Interesse hat, seine Truppen auf die engeren Invasionsbereiche der von ihm im Westen besetzten Länder zu konzentrieren.

Betrachtet man in Verbindung mit der Lage Bulgariens auch die kommenden Bedingungen, die sich für die übrigen Staaten des Südostens ergeben können, so wird man mit besonderem Interesse vermerken, daß offenbar heute Bestrebungen aktiv werden, die Gegensätze unter diesen kleinen Staaten beschleunigt zu bereinigen, solange es noch Zeit ist. So veröffentlichten die „Neuen Zürcher Nachrichten“ einen sehr freimütigen Bericht aus dem Südosten selbst zu dieser Frage, in dem eingangs darauf hingewiesen wird, daß die kleinen Staaten des Südostens zu Ende des Krieges sich in einer denkbar schlechten Lage befinden werden:

„Sie wissen jetzt, was sie im Falle des Sieges der einen und der andern Partei zu gewärtigen haben. Diese Aussichten sind die denkbar schlechtesten; darüber sind sich die verantwortlichen Staatsmänner dieser Länder im Klaren. Sie stehen vor Entscheidungen und wissen keinen Rat, weil sie mitten im großen Geschehen nicht merken, daß der Zeitpunkt da ist, in welchem sie die Gelegenheit erfassen könnten. . . . Die Habenseite ist leer geblieben, d. h. also, daß das Unternehmen für sie mit einem Bankrott enden muß, wenn sie sich nicht besinnen und daraus für sich das Beste, was noch möglich ist, retten . . .“

In der Tat ist die Lage der Südoststaaten, wer es auch sei, die denkbar ungünstigste. Und deshalb wird man gewiß mit großem Interesse solche Bestrebungen verfolgen, weil sie mit Rücksicht auf die Organisation der Nachkriegszeit ihre Bedeutung unter dem Gesichtspunkt beanspruchen, daß die Gebiete des Südostens zu jenen gehörten, deren Unruhe in manchem Falle weitreichende Folgen nach sich zog. Allein, angesichts der Verbissenheit der Gegensätze unter diesen Ländern ist kaum mit positiven Ergebnissen solcher Bestrebungen zu rechnen; das Ende des Krieges wird wohl größere Mächte jene Entscheidungen treffen sehen,

zu denen die kleinen Länder des Südostens selbst nicht imstande gewesen sind. Daß ihr Bestand davon nicht unberührt bleiben wird, wissen sie, so zeigen diese Stimmen, freilich selbst.

Es ist kennzeichnend für die gegenwärtige Kriegslage und für die Entwicklungen, welche der Krieg in den vergangenen Monaten genommen hat und weiter unaufhaltsam nehmen wird, daß sich zunehmend Friedensbestrebungen bemerkbar zu machen beginnen. Hörte man unlängst von Vermittlungsversuchen Japans in dem Bereiche Deutschland-Rußland, so steht heute die deutlichere Initiative des spanischen Außenministers zur Debatte, ohne daß freilich irgendwelche Aussichten sich abzeichnen wollten. Dafür sind die Dinge zweifellos heute schon zu sehr im Fluß. Was im besonderen die Möglichkeiten für eine Verständigung zwischen Deutschland und Rußland betrifft — man hörte kürzlich auch von Verhandlungen, die auf bulgarischem Boden zwischen den beiden Mächten gepflogen wurden —, so dürften solche Perspektiven, wenn sie je bestanden, heute wieder auszuschalten sein, wofür der deutsche Vorstoß dieser Tage im Zusammenhang mit der Auffindung tausender erschossener polnischer Offiziere bei Smolensk wohl Anzeichen genug ist.

Der Krieg geht also im vollen Umfange weiter, und etwas anderes kann angesichts der Ziele der beiden kriegführenden Parteien und ihrer Ansprüche auch nicht erwartet werden.

Auch ist der Verlauf der kommenden Operationen von den Kriegführenden wohl bereits weitgehend festgelegt, soweit sie sich der eigenen Initiative zu bedienen vermögen. Daß aber dies heute im wesentlichen für die Alliierten zutrifft, ergibt sich aus dem bestehenden und rapid sich verschärfenden Übergewicht dieser Koalition. Demzufolge sieht sich die Achse nun in jene Defensive gedrängt, deren Perspektiven ihren Gegnern während über drei Jahren — bis El Alamein — geläufig geworden war. Diese Defensive stellt insbesondere die deutsche Führung vor die denkbar schwierigsten Probleme, die nicht nur bedingt sind durch die zahlreichen Varianten möglicher Invasionsversuche der Gegenseite, sondern ebenso, wenn nicht mehr noch, durch die Tatsache, daß der südliche Achsenpartner äußerst schweren, und wir glauben: entscheidenden Belastungen ausgesetzt ist und innert kürzester Frist erst recht noch sein wird. Die Planung der Achse im gesamten ist also jedenfalls weitgehend durch ihre defensive Position bestimmt. Ob sie beispielsweise noch einen präventiven Vorstoß gegen die Dardanellen, von dem vielerorts gesprochen wird, überhaupt ins Auge fassen kann, selbst wenn die Absicht dazu bestände, ist angesichts dieser Umstände durchaus ungewiß. Und doch könnte ein solcher Vorstoß in mancher Hinsicht erwünscht sein — besteht doch über die wirkliche Einstellung der Türkei, die neuerdings mit Vorliebe ihre Nichtkriegführung — „wie Italien während der ersten Kriegsmomente“, lautet die Formel in der Presse — proklamiert, nirgends mehr ein Zweifel.

Abgesehen von solchen Perspektiven ist nun aber auch bereits wieder die Zeit da, wo der russische Kriegsschauplatz erneut das Interesse beansprucht. Wird das Reich nochmals zur Offensive übergehen? Mancherorts scheint man zu vermuten, ein kommender Vorstoß werde auf Baku zielen, vielleicht zielen müssen, weil die Ölversorgung der Achse eine wesentliche Ergänzung der verfügbaren Quellen zur Notwendigkeit werden lasse. Jedenfalls

läßt der erneut besonders zugespitzte Gegensatz zu Rußland offensive Absichten des Reiches im Osten durchaus vermuten. Allein man rechnet nicht wenig auch mit den Russen. In der „Berliner Börsenzeitung“ wurde noch unlängst darauf aufmerksam gemacht, daß das Auf und Ab der Ereignisse — im Osten — noch keineswegs für alle Zeit beschworen sein könne. So liegen die kommenden Geschehnisse in diesem Bereiche noch völlig im Dunkel, derweil die Perspektive der Invasion, bei vielseitigen Möglichkeiten im einzelnen, sich immer deutlicher zum beherrschenden Element zu gestalten beginnt.

Aus dem diplomatischen Felde ist indessen noch einiges hervorzuheben. Über Edens Reise nach den U. S. A., die, inzwischen abgeschlossen, „nur ein Anfang“ gewesen sein soll, wie es jetzt heißt, hat man auch in dem Rechenschaftsbericht des Ministers vor dem Unterhaus nur sehr wenig vernommen — eben auch nur sehr wenig vernehmen können. Dagegen — und wahrscheinlich nicht ohne Zusammenhang mit dieser Reise und ihren vermuteten Ergebnissen, die nicht für alle erfreulich sein dürften — vernahm man, im Gedenken des 9. April 1940, die Stimme der kleinen Exilregierungen, die sich immer mehr vernachlässigt sehen — um nicht mehr zu sagen —; und besonders deutlich wurde dabei der Präsident des norwegischen Storting, Hambro, als er die Leistungen, die Opfer der Kleinen den Großen ins Gewissen rief. Ein Echo ist nicht erfolgt. Nach wie vor steht die Zukunft der kleinen Völker unter durchaus unsicheren Zeichen. . . .

Das vielleicht schwierigste, bestimmt aber ein sehr tragisches Problem, sei zum Schluß angedeutet: Frankreich. Giraud und de Gaulle vermögen anscheinend nicht zur Einigung zu kommen. Einem jedenfalls war es angesichts der ewigen Auseinandersetzungen Anfang April bereits verleidet: Eisenhower. Mit rauher Hand griff er ein; allein auch diese brüste Intervention, von den angelsächsischen Premiers anscheinend gebilligt — wenn nicht gar veranlaßt —, vermochte die beiden Franzosen nicht zur Eile anzuspornen: die Verhandlungen schleppen sich weiter. Ob wohl die beiden Gegner auf dem inneren Felde wissen, was sie ihrem Lande auf dem äußeren verscherzen? Die Angelsachsen jedenfalls werden sich ihre eigenen Gedanken machen über diese Dinge. Darüber — und über die Zukunft Frankreichs und seines Empire. Man kennt diese Gedanken nicht. Allein mit Vorteil erinnert man sich heute jenes berühmten Planes, den Churchill im Sommer 1940, in zwölfter Stunde, Paul Reynaud unterbreitete: Verschmelzung mit Großbritannien. Wie die Dinge heute liegen — fast käme man zum Schluß, daß solche Lösung noch das Maximum dessen in sich birgt, was Frankreich bei Kriegsende überhaupt erwarten kann. . . .

Indessen sprach am 4. April Marshall Pétain, nach langem Schweigen, wieder zu seinen Franzosen. Neues konnte er nicht sagen. Jemand schrieb darüber in der „Gazette de Lausanne“:

„Tous ce que j'y puis découvrir c'est une profonde tristesse, quelques vagues espérances, quelques appels qui risquent de se perdre dans le vide . . .“

Zürich, den 19. April 1943.

Jann v. Sprecher.